Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund„ — Preis: frei Haus viertelj. 2.40 M., monatl. 0,70 M. Bei Abhol. von der Geschäftsst. viertelj. 1.60 M. monatl. 0,55 M. Durch die Post viertelj. durch 2.80 Mk., monatlich 0,80 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 25 bezw. 70 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 282 | Sonntag, den 1. Dezember 1918. | 36. Jahrgang

Gärung und Klärung.

(Am Wochenschluß.)

In Berlin verschärfen sich die Gegensätze unter den Gruppen und Parteien der Revolution. Die Gärung wächst. Auch in der Regierung wirkt sie, aber heftiger in den ASR.

Die Männer der Regierung sind fast alle seit Jahren im ganzen Reiche bekannt. Überall weiß man, wer Ebert, wer Scheidemann, wer Haase ist. Man sieht ihre Persönlichkeiten wohl durch Parteibrillen, aber man macht sich doch ein Bild von ihnen. Anders die Führer in den ASR. Von ihnen weiß und kennt man nichts. Die Umwälzung hat sie ans Licht gehoben, ihnen Macht und Einfluß gegeben. Was ist natürlicher, als daß da erst eine Periode der Gärung einsetzt, daß nur durch sie eine Klärung herbeigeführt werden kann?

Von diesem gärenden Most haben die letzten Versammlungen der Soldatenräte Proben geliefert. Schmackhaft sind sie nicht. Im Lande wird man die Berichte mit Unwillen lesen, und dieser Unwille richtet sich gewiß gegen die Hauptstadt, in der so viel Spektakel gemacht wird.

Berlin ist nirgends beliebt, vor allem in Süddeutschland nicht. Sogar in der Mark Brandenburg herrscht eine alte Abneigung gegen den Berliner; er gilt überall als ein Ke[illegible] der den Mund sehr voll nimmt und sich für einen Ausbund von Gescheidtheit hält. Dies Urteil — Vorurteil — gegen den Berliner ist so einseitig wie möglich — er ist nämlich vor allen Dingen fleißig. Berlin ist die fleißigste Stadt der Welt; in ihr wird viele und gute Arbeit geleistet. Aber Berlin ist eine Millionenstadt; sie kann nicht so ruhig und behaglich sein und leben wie eine Kleinstadt, in der jedermann der Nachbar aller anderen ist, und das Leben sich in den einfachsten Beziehungen abspielt.

Es ist nicht ganz so schlimm in Berlin wie es nach den Versammlungsberichten scheinen muß. Vor allem ist es nicht so, wie einige militärische Stellen angeben, daß in Berlin Anarchie herrsche, zu deren Unterdrückung man Freiwilligenkorps bilden will. Von Anarchie kann jetzt nicht mehr die Rede sein, nicht einmal von Unordnung. Das Leben spielt sich in der Hauptstadt jetzt so geordnet ab wie nur jemals. Die Gärung beschränkt sich durchaus auf den Streit der politischen Meinungen in den Versammlungen der ASR. Diese haben gewiß eine große Macht in der Hand, und was in ihnen vorgeht, darf nicht unterschätzt werden. Man soll es aber auch nicht überschätzen.

In der Regierung schreitet die Klärung fort. Je absurder der Most in den Räten gärt, desto stärker wird die Stellung der Regierung, in der Erfahrung und Einsicht ihren alten Rang als vorzügliche Klärmittel bewähren. Während in den ASR starke Worte gewechselt werden, bringt die neue Regierung die neue Maschine in Gang, arbeitet sie und bewältigt sie die Riesenaufgaben, die ihr aufgebürdet sind. Es wird bald Wahlen geben, und dann hören die Provisorien auf.

Gefährlicher als die Redeschlachten in Berlin sind ihre Wirkungen auf Leute, die gern Anarchie wittern und dann als Retter auftreten möchten. An solchen Leuten fehlt es nicht. In der heimkehrenden Frontarmee gibt es Truppenteile, die von der Umwälzung in Deutschland erst etwas erfahren, wenn sie über die Grenze kommen. Solch ein Truppenteil hat einige Mitglieder eines ASR erschlagen, die Befehle der neuen Gewalt überbrachten und sie ausführen wollten. Dieser Vorgang ist zwar eine Ausnahme, und die erschlagenen Delegierten waren noch dazu Opfer ihrer eigenen Ungeschicklichkeit. Aber wenn es richtig ist, daß für ein Freiwilligenkorps zur Unterdrückung der „Anarchie" geworben wird, dann droht von der heimkehrenden Front und ihrer Ahnungslosigkeit eine neue Gefahr.

Mit ihr zusammen trifft die Neigung zur Separation. Die Süddeutschen wollen das bisherige politische Übergewicht des preußischen Ostens aus der Welt schaffen. und dies Verlangen wäre selbst dann natürlich, wenn nicht die Angliederung Deutsch-Österreichs und der Verlust preußischen Gebiets im Osten das Gewicht der Nation nach Süden verschöben. Berlin wird nicht in dem Maße wie bisher der Mittelpunkt des Reiches bleiben können. Vielleicht wird es schon nicht mehr der Ort der verfassunggebenden Versammlung sein.

Auch diese Verschiebung der Kräfte und Gewichte kann nicht ohne gärende Übergangserscheinungen vor sich gehen. Aber die erste Nationalversammlung wird bald Klarheit schaffen wenigstens darüber, ob alle Teile des Reiches aufeinander angewiesen sind, einander stärken und stützen müssen, wenn sie nicht alle in die Ohnmacht der Kleinstaaterei versinken wollen.

Die gefährlichste Separationslust ist die im Rheinland. In Berlin gehen sonderbare Gerüchte um über Verhandlungen, die von hochmögenden Rheinländern mit Paris geführt werden. Was an diesen Gerüchten wahr ist, kann nicht aufgeklärt werden, aber sie sind nicht ohne Grund.

Nationalversammlung und Friedenskongreß werden uns aus dem Zustande der Gärung zur Klarheit bringen. Die Verhandlungen über den Vorfrieden werden bald ihren Anfang nehmen. Wilson schifft sich nach Europa ein, wird vielleicht schon die nächste Woche in der alten Welt an Land gehen. Dann lichtet sich auch der Zustand des Übergangs, des Waffenstillstandes, der uns in die Hand siegestrunkener Generale gelegt hat.

Also: die Dinge sind innerlich nicht so arg, wie es von außen scheinen kann. Der Wirrwarr tobt sich mehr in Worten aus; — die Tatsachen wirken jetzt anders. Sie nehmen eine starke Wendung zur Aufhellung und Befestigung. Die Pole der neuen Achse Deutschlands, Nationalversammlung und Friedenskongreß, treten aus dem Unbestimmten hervor und werden bald unser öffentliches Leben bestimmen. *H. L.*

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Deutscher Vorschlag zu einer neutralen Untersuchung.

Berlin, 29. November.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung übermittelt:

Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker. Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleistet. Die Regierungen sämtlicher kriegführender Mächte müßten sich bereiterklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruches die Geschicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein könnten.

*

Was Staatssekretär a. D. Zimmermann sagt.

Der beim Kriegsausbruch als Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt tätige spätere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann, der in dem durch Eisner veröffentlichten Schriftstück mehrfach genannt wird, sagt in einer Erklärung, es sei schon zur Zeit des Mordes von Serajewo allgemein bekannt gewesen, und später durch aufgefundene Dokumente belegt worden, daß Rußland schon seit Jahren Serbien den Erwerb österreichisch-ungarischen Gebietes zugesichert hatte.

Dagegen hätte Österreich-Ungarn sich wenden und eine Neuordnung des Balkan anstreben müssen unter Heranziehung Bulgariens an den Dreibund. Diese Sachlage wurde erläutert in einer Denkschrift und einem Handschreiben Kaiser Franz Josefs, die am 5. Juli an Kaiser Wilhelm übergeben wurden. Das sei die einzige Tatsache, die den Anlaß zur Legende vom Potsdamer Kronrat gegeben hatte. In der Antwort wurde eine Stellungnahme Deutschlands zur serbischen Frage abgelehnt, aber betont, daß Deutschland seinem Bündnis mit Österreich-Ungarn treu bleiben werde. Deutschland habe also weder zugeredet noch angestachelt und erfuhr den Inhalt des ausschlaggebenden Ultimatums an Serbien erst später.

* * *

Der Fall Eisner.

Clemenceau streitet alle Beziehungen ab.

Berlin, 29. November.

Clemenceau, auf dessen Autorität sich der bayerische Ministerpräsident Eisner bei seinen Veröffentlichungen über die Schuld am Kriege und seinen Abfall von Berlin mehr oder minder deutlich stützte, will von nichts wissen und behauptet, weder mit Eisner noch mit seinem Vertreter Professor Foerster in Bern jemals in Beziehungen getreten zu sein. Das französische amtliche Bureau Havas schreibt:

Aus Berlin wird berichtet, daß die Wilhelmstraße erkläre, die Münchener Veröffentlichung über die Geschichte der Kriegsentstehung sei von dem bayerischen Vertreter in Bern, Professor Förster, veranlaßt worden, der auf den Rat eines Vertreters Clemenceaus seine Regierung gebeten habe, die erwähnten Urkunden zu veröffentlichen, da dies dazu dienen könne, den Friedensschluß schneller herbeizuführen. Die Agence Havas kann demgegenüber erklären, daß diese Meldung reine Phantasie ist. Niemals hat Clemenceau in irgendeinem Augenblick oder in irgendeiner Form Beziehungen mit amtlichen oder halbamtlichen Agenten Norddeutschlands oder Süddeutschlands gehabt. Keiner von ihnen kann von der französischen Regierung beeinflußt sein.

Im übrigen wollen Münchener gutunterrichtete Leute wissen, daß Eisners Vorgehen durchaus nicht den Beifall der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes besitze, ja selbst in München nur eine kleine Minderheit hinter sich habe, so daß die Dauer seiner jetzigen Machtvollkommenheit durchaus nicht auf sicherer Grundlage stehe.

München soll Vorort von Deutschland sein.

In einer Unterredung mit dem Vertreter eines Berliner Blattes äußerte sich Eisner, aus dem Konflikte mit Solf und Erzberger wolle er alle Konsequenzen ziehen, bis zum selbständigen Vorgehen Bayerns. Der ganze Süden nebst Rheinland und Westfalen stünde sofort auf seiner Seite, wenn es gegen die Berliner Methode gehe. Und in einer Sitzung des bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates sagte der Ministerpräsident, die Berliner Regierung repräsentiere jetzt die Gegenrevolution, die er mit seiner Veröffentlichung über die Schuld am Kriege in die Luft zu sprengen versucht hätte. Eisner fuhr fort:

„Die Presse ist angefüllt über die Absichten der Entente, hier oder dort in Deutschland mit Truppenmacht einzurücken. Das alles ist, wie ich authentisch sagen kann, erlogen und erfunden. Heute wurde ich vom Hauptquartier antelephoniert. Es ist festgestellt worden, daß auch jede Kundgebung, die den Namen Hindenburg trägt, wenn nicht von dem Auswärtigen Amte diktiert, so doch veranlaßt worden ist. Was Berlin nottut, ist, daß die Massen sich rühren und eine vertrauenswürdige Regierung schaffen. Bis dahin wird München vorläufig der Vorort von Deutschland sein. Wir können uns nicht mehr dem verbrecherischen Wirken einer kleinen Herde von Männern ausliefern, die um ihre Existenz zittern."

Kurt Eisner schloß mit einem Appell an die Entente, betonte die Unmöglichkeit, die Produktion in dem Augenblick zu vergesellschaften, wo sie völlig zerrüttet sei. Wenn es nicht anders möglich sei, müsse der Frieden für ganz Deutschland von Bayern aus erlangt werden.

*

Bayerische Bevollmächtigte zum Friedenskongreß.

Haag, 29. November.

„Morning Post" meldet, die neue bayerische Regierung habe bereits am 24. November bei der Entente anfragen lassen, wie sie sich zur Entsendung besonderer Bevollmächtigter Bayerns zur kommenden Friedenskonferenz stelle.

*

Bleibt Dr. Solf im Amt?

Berlin, 29. November.

Die Nachricht, daß Solf seine Demission eingereicht hätte, ist unrichtig. Sollte er schließlich gleichwohl gehen, so wäre das keinesfalls auf das Eisnersche Vorgehen, sondern auf seinen Gegensatz zu Haase zurückzuführen, den dieser bereits auf der Reichskonferenz erwähnt hat. Sämtliche Beamte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Staatssekretär Solf solidarisch erklärt. Sie glauben, zweckmäßig nur weiterarbeiten zu können, wenn eine einheitliche Reichspolitik getrieben wird, die repräsentative Nationalversammlung baldigst zusammentritt und unverantwortliche Kreise nicht länger die deutsche auswärtige Politik stören.

Annahmestelle der weltberühmten Färberei Louis Hermsdorf.

Passende Weihnachtsgeschenke:

Blusen in großer Auswahl und sehr preiswert,

Pelz-, Plüsch- und Krimmer-Garnituren

für Damen und Kinder,

Kinder-Röckchen und Kleider, Kinder-Mützen und -Hauben,

Handarbeiten, gestickt und gezeichnet, mit dazu gehörendem Material,

Nähbeutel mit Füllung, Nadelpuppen,

Battist- und Spitzenkragen, Rocknadeln, Broschen, Ketten, Bänder, Handtaschen, Läuferstoffe, Wachstuche.

Hermann Junge,

Warmbrunn, Schlossplatz.

Stümpfe- und Trikotagen-Herrichtungsstelle.

Niemals seitens Friedensangebote.

Eine deutsch-amtliche Erklärung.

Berlin, 29. November.

Gegenüber den immer wieder auftauchenden Behauptungen, daß im Laufe der Kriegsjahre mehrfach feindliche Friedensangebote von der deutschen Reichsleitung abgelehnt worden seien, wird von der gegenwärtigen Regierung amtlich festgestellt, daß in keiner Zeit des Krieges von irgendeinem feindlichen Staat amtlich oder in hinreichend beglaubigter Weise ein Friedensangebot an die Reichsleitung herangetreten sei.

Hierzu sei weiter bemerkt, daß die Behauptung Molkenbuhrs, daß sowohl in Berlin wie in anderen Orten kompromittierende Akten des Auswärtigen Amtes unmittelbar vor Ausbruch der Revolution vernichtet worden seien, an unterrichteter Stelle als wahrscheinlich völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet wird. Tatsächlich sei, wie ja schon angekündigt, eine genaue Kontrolle aller Akten durch die neue Regierung bereits in die Wege geleitet. Das Fehlen von Akten aber zu ermitteln, bedürfe einer wahrscheinlich wochenlangen Arbeit.

Für die Nationalversammlung.

Beschluß der Mehrheitssozialisten.

Berlin, 29. November.

Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei hat einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Partei seit einem halben Jahrhundert für die **politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen** gekämpft hat. Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausspricht, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen bis aufs letzte zu verteidigen, wendet sie sich zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen, sei es auch unter dem Vorwand, es durch die Diktatur gegen seinen eigenen Willen beglücken zu können. Die sozialdemokratische Partei fordert die **schleunigste Einberufung der Nationalversammlung**; sie ist jeden Tag bereit, dem Volke über ihre bisherige Tätigkeit Rechenschaft zu geben und erwartet mit Zuversicht sein Urteil. In der gleichen Sitzung wurde auch darauf hingewiesen, daß Bestrebungen im Gange seien, eine Regierung Haase-Liebknecht zu bilden.

*

Wie in Berlin bekanntgegeben wird, sind **sämtliche Funkenstationen von „Unabhängigen" besetzt**, die der Spartakusgruppe nahestehen. Sie verbreiten Nachrichten, die ihren eigenen Wünschen und Interessen entsprechen. **Die Presse des In- und Auslandes wird davor gewarnt**, diesen Nachrichten Glauben zu schenken. Die Regierung lehnt jede Verantwortung für diese Meldungen ab.

Ordnung und Zusammenhalten!

Hindenburg an das Feldheer.

Generalfeldmarschall Hindenburg warnt in einem Erlaß an das Heer vor jeglicher Unordnung und betont, daß Ordnung und Zusammenhalten jetzt das wichtigste sei. Laßt euch nicht verführen, so sagt er, vorzeitig und eigenmächtig euren Truppenteil zu verlassen. Vergegenwärtigt euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von euch regellos nach Hause strebt.

Foch droht mit dem Abfall Rheinlands.

Daß auf seiten der Feinde das Bestreben vorhanden ist, den Waffenstillstand auf irgendeine Weise zu brechen, ist unverkennbar. Darüber wird von gutunterrichteter Seite gemeldet:

Berlin, 29. Nov. **Hier sind Gerüchte verbreitet, Marschall Foch beabsichtige, den Waffenstillstand schon in nächster Zeit zu kündigen, nach anderen Gerüchten soll die Kündigung schon erfolgt sein. Daß eine solche Gefahr besteht, kann nicht geleugnet werden. Von bestimmten Absichten, oder von einer bereits erfolgten Kündigung der Abmachungen ist amtlich nicht das mindeste bekannt. Gerüchtweise verlautet übrigens, daß bereits feindliche Offiziere versucht haben oder versuchen, sich mit den Behörden und sonstigen Instanzen im Rheinland und in der Pfalz in Verbindung zu setzen, um ihnen den freiwilligen Anschluß an Frankreich nahezulegen und zu empfehlen.**

Ganz leicht dürfte Foch das doch nicht fallen. So fand in Trier eine von Tausenden besuchte Versammlung statt, die sich zu einer vaterländischen Kundgebung gestaltete. Es wurde zunächst ein treues Festhalten an Deutschland und dem Deutschen Reiche gelobt, auch in den Tagen der vaterländischen Not. Der Gedanke an eine Trennung wurde mit Entschiedenheit abgelehnt. Auch der Vertreter der Sozialdemokratie gab der Forderung Ausdruck, daß das Rheinland deutsch bleiben müsse.

Aachen geräumt.

Mit Ausnahme eines Feldlazaretts haben nunmehr unsere Truppen die alte deutsche Grenzstadt Aachen geräumt. Alle Schwierigkeiten wurden trotz der Kürze der Zeit überwunden, ohne daß die Ordnung gestört wurde. Über der ganzen Stadt Aachen liegt eine schwergedrückte Stimmung. Die Ungewißheit über die neuen Herren bringt Nervosität in die Familie. Die bange Sorge um die geschäftliche und wirtschaftliche Zukunft der betriebsamen und reichen Stadt lastet gewaltig auf allen Gemütern. Die Sorge ist nicht ganz unbegründet, denn die Feinde haben eine schwere Hand. Nach Meldungen aus anderen besetzten Städten sind dort alle ASR aufgelöst worden. Der Achtstundentag wurde beseitigt. Beginnende Streiks wurden damit beantwortet, daß man die Fabriken und Werkstätten militärisch besetzte. Das Tragen der deutschen Uniform ist den vom Heere Entlassenen nur gestattet, wenn alle militärischen Abzeichen entfernt sind. Die Metallknöpfe müssen durch Zivilknöpfe ersetzt werden, und selbst von der Hosennaht muß die rote Biese verschwinden, wenn ihr Träger nicht der Internierung verfallen will. Vor allem aber ist die Militärmütze verpönt.

*

Verschiedene Meldungen.

Kassel, 29. Nov. Die Meldungen, nach denen die Oberste Heeresleitung von Wilhelmshöhe nach Berlin verlegt werden soll, sind unrichtig. Das wird frühestens Weihnachten der Fall sein.

Kiew, 29. Nov. Zeitungsmeldungen zufolge langte in Odessa ein Ententegeschwader, bestehend aus dem englischen Kreuzer „Agamemnon" und einem englischen und einem französischen Torpedoboot, an.

Kiew, 29. Nov. Die ukrainische Regierung erklärt, daß sie in keiner Weise beabsichtige, den deutschen Truppen Schwierigkeiten in der Frage der Heimkehr in den Weg zu legen. Die deutschen Truppen hätten sich ein Recht auf Dank erworben.

Genf, 29. Nov. Am Mittwoch besuchte Foch in Begleitung Castelnaus Straßburg, wo es zu lebhaften Kundgebungen kam.

Soldatenrat und Vollzugsrat.

Berlin, 29. November.

Im Sitzungssaale des Reichstags fand gestern eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der Soldatenräte Groß-Berlins statt, zu der auch zahlreiche Abordnungen aus dem Reiche erschienen waren. Die Stimmung war vom ersten Augenblick an sehr gereizt, und das Mißverhältnis zwischen dem Vollzugsrat und den Soldatenräten trat klar zutage.

Molkenbuhr erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsrates und kam dabei auf die Stellung des Vollzugsrates zu den Feldheeren zu sprechen. Die Lage der Westarmee sei einigermaßen sicher. Dagegen ständen in Rußland 850 000 Mann, die die frühere Regierung so tief in Feindesland geschickt habe, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage an eine Rückkehr kaum gedacht werden könne. Die Mackensen-Armee werde wahrscheinlich interniert werden, und was eine Internierung in der ungarischen Tiefebene jetzt im Winter bedeute, könne sich jeder selbst ausmalen. Unter großem Lärm der Vollversammlung erklärte Molkenbuhr dann, daß sich bei der 6. Armee Freiwilligenkorps bildeten, die dazu bestimmt seien, die in Berlin herrschende

Anarchie zu unterdrücken.

Die Reichseinheit dürfe nicht zerstört werden, und **Eisner** habe in einer Sitzung des Vollzugsrates erklärt, daß Bayern nicht daran denke, sich vom Reiche zu trennen. Der Vollzugsausschuß betrachte sich nicht als eine dauernde Behörde, sondern nur als Sachwalter des deutschen Volkes bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

Als nächster Redner griff Unteroffizier **Cornig** den Vollzugsrat heftig an. Der Vollzugsrat, der aus eigenen Gnaden sich gebildet habe, über die Köpfe der Soldatenräte hinweg, habe

die Berliner ASR im ganzen Reiche in Verruf

gebracht. Wenn man heute von dem Bolschewismus der Berliner spreche, so sei einzig und allein der Vollzugsrat daran schuld. Aus diesem Grunde sei es notwendig, dem Vollzugsrat eine Kontrolle beizugeben.

Zu stürmischen Auftritten, die minutenlang jede Verständigung im Hause unmöglich machten, und die zu scharfen persönlichen Zusammenstößen zwischen dem Redner und Vertretern der Regierung führten, kam es, als Gerhardt vom Vollzugsrat das Wort ergriff. Er unterzog die Tätigkeit des Vollzugsrates schärfster Kritik. (Molkenbuhr ruft: „Lüge!") Vertreter der Front, Abordnungen aus Bayern seien überhaupt nicht vorgelassen worden, weil der Vorsitzende Richard Müller die Auswahl eines Stempels für den Vollzugsrat den brennendsten politischen Fragen vorgezogen habe. Die Mehrheit des Vollzugsrates sei ursprünglich für die Einberufung der Nationalversammlung gewesen, aber unter dem Druck linkssozialer Elemente habe das Plenum nicht gewagt, seine Ansicht kundzutun. Wes Geistes Kind die Mitglieder dieser Körperschaft seien, beweise die Anfrage des Mitgliedes Ströbel in einer Sitzung, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. (Ströbel bringt auf den Redner ein und bedroht ihn.) Die beiden Vorsitzenden hätten weit über ihre Machtbefugnis hinaus an wildfremde Menschen Vollmachten erteilt. (Stürmische Entrüstung.) In allen Fragen, die die Soldaten bewegen, habe

der Vollzugsrat völlig versagt.

Scheidemann, der nunmehr von lebhaftem Beifall begrüßt, zu Worte kam, führte aus, daß nach seiner Ansicht Molkenbuhr die Lage der Ostarmee viel zu schwarz ansehe. Es sei auch unpolitisch, an dieser Stelle derartige Ausführungen zu machen, weil dadurch in viele Familien schwere Sorgen hineingetragen würden. Der Redner forderte dann die Anwesenden auf, die Zeit nicht mit unnützen Streitereien zu verbringen.

Schließlich wurde die „Affäre Walz" behandelt. Walz schilderte, wie er als aktiver Offizier dazu gekommen sei, in die revolutionäre Bewegung einzutreten. Im Verein mit Barth, Ledebour, Liebknecht und Haase habe er alle Vorbereitungen zur Revolution mit getroffen und habe diesen Führern mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Dann sei seine Verhaftung in der Kaserne erfolgt, und er habe vor dem Untersuchungsrichter Mitteilungen gemacht, die er heute bedaure. Er habe jedoch keinen Verrat begangen, sondern nur aus Unklugheit gehandelt. Gegen Walz wendete sich unter lauten Protestrufen der Versammlung Richard Müller, indem er dessen Ausführungen durch Verlesung der Gerichtsakten zu entkräften suchte.

Nachdem noch mehrere Redner, darunter Leutnant Collin-Roß und zwei Vertreter der Ostfront, gesprochen und zur Einigkeit zwischen Arbeitern und Soldaten dringend geraten hatten, beantragte Volksbeauftragter Barth die Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission, die zu prüfen haben würde, ob die Soldatenvertreter im Vollzugsrat Vertrauen verdienen oder nicht. Dieser Antrag wurde von verschiedenen Rednern unterstützt und nach weiterer fast zweistündiger Debatte zum Beschluß erhoben. Als Mitglieder der Kommission wurden auf den Vorschlag Müllers Vertreter von sieben Berliner Regimentern gewählt. — Während der stürmischen Auseinanderstöße hatten die Vertreter der Ostfront und aus Süddeutschland zeitweilig protestierend den Saal verlassen, beteiligten sich aber später wieder an den Verhandlungen. Morgen soll die Beratung fortgesetzt werden über die Frage der Nationalversammlung.

Die Friedenskonferenz in Paris.

Bemühungen des Papstes.

Paris, 29. November.

Die Friedenskonferenz soll nun doch, wie die französische Presse bestätigt, in Paris im Ministerium des Äußern und nicht in Versailles tagen. Wilson und Lloyd George treffen gleichzeitig dazu ein.

Bei Zusammentritt der vorbereitenden Sitzung werden die Delegierten einen Ausschuß ernennen, der die verschiedenen Fragen im einzelnen zu studieren und der Konferenz Berichte vorzulegen hat, deren Beschlüsse endgültigen Charakter haben werden. Die Kardinale Gibbons und Mercier haben Wilson gebeten, einen Vertreter des Papstes zuzulassen, da die Konferenz aufgefordert werden solle, auch die römische Frage zu regeln.

Die Pogrome in Lemberg.

1000 Tote, 12 000 Obdachlose.

Wien, 29. November.

Über die fürchterlichen Judenmetzeleien wird von Augenzeugen berichtet:

Am 15. November veröffentlichte die neubegründete polnische Zeitung „Pobudka" einen Aufsatz, worin eine Frau mitteilte, Juden hätten polnische Legionäre aus den Fenstern mit heißem Wasser begossen. Die feierlichsten Versicherungen angesehener Juden der Stadt, daß die Behauptungen erlogen seien, blieben unbeachtet. Am 22. November begannen dann die polnischen Legionäre mit Plünderungen jüdischer und deutscher Geschäfte in der Karola-Ludwiga, der Hauptstraße Lembergs. Von dort zogen die Polen in das jüdische Viertel. Die Krakauer, Przemysler und Lemberger Offiziere und Mann-

---

Claus von Grimberg.

Roman von M. W. Sophar.

16. Fortsetzung.] [Nachdruck verboten.

Er wanderte im Zimmer umher, berührte Bilder und Vasen mit den Nägeln, zog auch den Daumen über staubige Flächen und schätzte die Reparaturen mit der Miene des Eigentümers ab.

Grimbergs Blicke folgten ihm. Mit jeder entweihenden Berührung, mit jedem unehrerbietigen Wort wuchs sein Groll gegen die Zuversicht dieses Geldprotzen.

„Da nun doch noch so viel geschehen muß und die Zeit drängt", hob Renzelhaupt wieder an und setzte eine Bronze nieder, die er mit scheinbarem Verständnis betrachtet hatte, „so wäre es wohl das beste, ich sähe mir gleich alle übrigen Räume an."

Er schritt zur Tür; Grimberg folgte ihm nicht, erklärte aber mit entschlossener Miene:

„Ich halte das nicht für nötig."

Renzelhaupt blieb stehen und wandte sich um.

„Es ist aber nötig, wenn wir das Geschäft machen. Es ist ja keine Geldfrage. Die werde ich schon mit dem Herrn Junker erledigen. Aber ich muß doch wissen, was fehlt —"

„Nein", unterbrach Grimberg ihn ganz gelassen, nur in seinen Augen flackerte es ingrimmig auf. „Wir machen das Geschäft nicht, wie Sie es nennen."

„Wie? Was?" Renzelhaupt starrte ihn teils zornig, teils mit den neugierigen Blicken an, wie er wohl ein Wesen von einem anderen Planeten betrachtet haben würde. „Sie lehnen mein Anerbieten ab?" platzte er dann endlich heraus. „Darf ich nach dem Grunde fragen?"

„Als Geschäftsmann sollten Sie wissen, Herr Renzelhaupt, daß es doch nicht üblich ist, Gründe für die Ablehnung eines geschäftlichen Anerbietens anzuführen."

„Ganz wohl, aber —"

„Trotzdem", fuhr Grimberg fort, nachdem er den Krösus mit einer diesem ganz ungewöhnlichen Handbewegung zum Schweigen gebracht, „will ich Ihnen sagen, daß Sie bei all Ihren wunderbaren und unternehmenden Vorbereitungen doch einen wesentlichen Punkt übersehen haben."

„Der wäre —?" fragte Renzelhaupt und konnte seinen Verdruß schwer unterdrücken.

Grimberg blickte fest in diese braunen Augen, vor denen so mancher Mann schon den Mut hatte sinken lassen.

„Ich will, ohne andere Gründe anzugeben, nur das eine sagen, daß Sie nämlich die Absicht verrieten, ein Arrangement zu treffen, das anzuerkennen ich gar nicht das Recht besitze."

„Wieso, wieso?" schrie Renzelhaupt.

„Ich, Claus von Grimberg, habe die hohen Herren, wie Sie sie nennen, eingeladen, mein Schloß zu besuchen, nicht das Ihrige, meine Gastfreundschaft anzunehmen, nicht die des Herrn Renzelhaupt, einem verarmten Mann gegenüberzutreten, aber dem Manne, dessen Vorfahren diesen Besitz seit Jahrhunderten innehatten; verfallene Gebäude, verwahrloste Gärten zu besichtigen, die zugleich aber eine Stätte voller historischer Erinnerungen sind, die weder Staub, Schäbigkeit noch Unkraut zu verwischen vermögen. Bilden Sie sich wirklich ein, Herr Renzelhaupt, es wäre den fürstlichen Reisenden einerlei, wenn sie statt der eigenartigen alten Gemächer, die sie auf Schloß Grimberg zu sehen erwarten, ein Gebäude finden, das, wie Sie es vorhaben, modern ausstaffiert ist und sich von keinem Hotel eines besseren Badeortes unterscheidet? Noch eine Woche gehört Grimberg mir, diese Woche bleibe ich, der letzte meines Stammes, auch noch hier, und wenn ich abziehe, so soll mich das Gesetz, nicht Ihr Geld vertreiben."

Renzelhaupt hatte ihm zugehört. Zuerst voller Ungeduld, dann aber voller Erstaunen. Er war lange Reden anderer Leute nicht gewohnt, sondern pflegte mit durchdringender Stimme jeden zu unterbrechen oder niederzureden, der es wagte, ihm zu widersprechen.

Aber dieser Baron von Grimberg, dieser notorische Verschwender, hatte etwas an sich, das ihn überraschte, zum Schweigen und zum Anhören zwang. Satz für Satz der enttäuschenden Erwiderung wirkte auf ihn, und erst als Grimberg nicht mehr sprach, schöpfte er tief Atem und wußte, verdutzt wie er war, nichts weiter zu sagen, als:

„Schön, schön. Jeder wie will." Dann erholte er sich allmählich: „Herr Baron, Sie werden es noch bereuen. Wenn der Donnerstag kommt und Sie mit, na, Sie wissen ja, mit wieviel hinausspazieren, jedenfalls minus dieser zwanzigtausend Mark, so kommen Sie vielleicht zu der Ansicht, daß Gefühlssachen doch weniger Behagen gewähren als deutsche Reichsmark. Indes, das ist Ihre eigene Angelegenheit. Ich habe Ihnen ein hübsches Anerbieten gemacht, wie man es selten findet. Jetzt ist's vorbei."

„Das freut mich." Grimberg schritt zur Tür und öffnete sie in nicht mißzuverstehender Weise. „Ich verüble Ihnen weder Ihren Irrtum, Herr Renzelhaupt, noch Ihre Überraschung über meine Ablehnung. Wir alle haben vermutlich zwei Seiten in unserm Charakter, Herr Renzelhaupt. Meine halten sich nicht die Wage, die falsche ist schwerer. Sie sind zufällig mit Ihren zwanzigtausend Mark an die leichte Seite gestoßen und dadurch ist sie einen Augenblick tiefer gegangen."

Renzelhaupt, der zwar noch verstimmt war, lachte nun ganz verständnisvoll, lüftete noch einmal den Hut und warf dann den Kopf zurück als eine stillschweigende Anerkennung menschlicher Schwäche.

5. Kapitel.

Allein geblieben, veränderte Grimberg seine Haltung vollständig. Die geballten Hände in den Taschen, durchmaß er das Zimmer mit düsteren Blicken.

„Ich konnte es nicht tun, ich konnte es nicht tun", schrie er laut. „Zwanzigtausend Mark! Was hätte ich damit anfangen sollen? Auf vier Wochen nach Berlin gehen? Die Hypothekenzinsen zahlen? Oder Schulden abtragen? Alle drei Dinge zwecklos. Nein; ich will stehend sterben, wie Martin Lindenfels sagt. — Was kommen muß, wird kommen, ich will wenigstens die Dinge nicht beschleunigen."

(Fortsetzung folgt.)

schaften der polnischen Legion hielten das Judenviertel umzingelt. Nachdem sie sämtliche Juden und Deutsche, die sie unterwegs trafen, beraubt und die sich Wehrenden rücksichtslos niedergeschossen hatten, eröffneten sie Maschinengewehrfeuer gegen das Judenviertel. Die Herausstürzenden wurden mit Handgranaten und Gewehrkugeln empfangen, so daß keine Seele entrinnen konnte. Das ganze jüdische Viertel mit den Bethäusern, worin sich viele Familien versteckt hielten, wurde eingeäschert. Wer nur den Mut hatte, sich hinauszubegeben, wurde niedergemetzelt. Das Straßenpflaster war mit verkohlten und verstümmelten Leichen bedeckt. Im Kino am polnischen Theater wurden die verstümmelten und verkohlten Leichen aufgestapelt. Dieses Morden wehrloser Menschen dauerte vom 22. November früh bis zum 24. November nachmittags, zu welcher Stunde das polnische Kommando über ganz Galizien das Standrecht verkündete. Die Zahl der bei dem Lemberger Pogrom ermordeten Juden beläuft sich auf 1200, die der Obdachlosen auf 10 000 bis 12 000. Wie das „Neue Wiener Tagblatt" erfährt, hat sich am 27. November eine aus mehreren Ententeoffizieren bestehende Kommission aus Budapest nach Lemberg begeben, um an Ort und Stelle Erhebungen über die Judenpogrome anzustellen und den Regierungen der Ententemächte ausführlichen Bericht zu erstatten.

Schlußdienst.

(Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer.

Berlin, 29. Nov. Wie amtlich verlautet, sollen die Familienunterstützungen für Kriegsteilnehmer ganz allgemein **bis zum 31. November 1918** weitergewährt werden. Darüber hinaus sollen den nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften **noch zwei Halbmonatsraten** an Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Der Entwurf der Verordnung dürfte schon in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

Das Einkommen der Volksbeauftragten.

Berlin, 29. Nov. Anläßlich der Auseinandersetzungen über die starken Geldausgaben im Berliner Vollzugsrat der [illegible] wird festgestellt, daß die Volksbeauftragten, die sechs Herren der Regierung, nur eine Dienstaufwandsentschädigung beziehen, die ihrer vom frühen Morgen bis in den späten Abend währenden Inanspruchnahme angemessen erscheint, und die nur ungefähr ein Fünftel der Bezüge beträgt, die früher der Reichskanzler erhalten hat.

Keine Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien mehr.

Berlin, 29. Nov. Nach einer am 15. Dezember d. Js. in Wirkung tretenden Bestimmung des Rates der Volksbeauftragten wird die Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien gänzlich beseitigt. Außerdem wird der Achtstundentag eingeführt.

100 Millionen zur Belebung der Bautätigkeit.

Berlin, 29. Nov. Wie wir aus dem Reichsarbeitsamt erfahren, haben die Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten sich damit einverstanden erklärt, daß zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit sowie zur Errichtung von Not- und Behelfsbauten Baukostenzuschüsse aus Reichsmitteln bis zum Betrage 100 Millionen Mark gezahlt werden können.

Zukünftige Gestaltung Groß-Berlins.

Berlin, 29. Nov. Eingehende Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Groß-Berlins wurden in den letzten Tagen im Ministerium des Innern geführt. Die Vorarbeiten zu einer Vereinigung sämtlicher in wirtschaftlichem Zusammenhang stehender Gemeinden zu einer Gemeinde Groß-Berlin sollen unverzüglich beginnen.

Neuer württembergischer Gesandter in Berlin.

Stuttgart, 29. Nov. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hildenbrand soll als Gesandter der württembergischen Republik nach Berlin gehen.

Die Internierung der Mackensen-Armee.

Budapest, 29. Nov. **Die Armee Mackensen, bestehend aus ungefähr 170 000 Mann und zahlreichem Kriegsmaterial, wird in Ungarn interniert. Dieser Beschluß wurde im gestrigen Ministerrat auf Wunsch der französischen Regierung gefaßt. In Anbetracht der Zwangslage hat Mackensen seine Einwilligung dazu gegeben.**

Diese Maßnahme wurde bereits in Berlin bei der Sitzung der Soldatenräte erwähnt.

Serbisch-rumänische Konflikte.

Budapest, 29. Nov. Der serbische Kommandant von Orsowa hat die rumänische Nationalgarde in Mehadia und Umgebung entwaffnet und den Führern der rumänischen Agitationsbewegung mitgeteilt, sie im Wiederholungsfalle ihrer den öffentlichen Frieden gefährdenden Umtriebe als Geiseln in Verwahrungshaft zu nehmen.

Bukarest in Flammen.

Wien, 29. Nov. **Der Ausbruch blutiger Bauernaufstände wird amtlich bestätigt. In Bukarest stehen ganze Straßenzüge in Flammen.**

Gutbezahlte Erzherzöge.

Graz, 29. Nov. Der Bürgermeister von Graz teilte in einer Versammlung mit, der ehemalige österreichisch-ungarische Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich habe, wenn er den Kaiser besuchte, für den Tag 30 000 Kronen Aufwendungskosten erhalten. Erzherzog Leopold Salvator, der Schutzherr des österreichischen Roten Kreuzes, habe für diesen Ehrenposten jährlich 200 000 Kronen bekommen.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Genf, 29. Nov. Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover nahm in Paris sofort seine Arbeit auf. Er wird von einem großen Mitarbeiterstab unterstützt. Hoover will eine Versammlung aller jetzt alliierten Kommissionen in Brüssel zusammenberufen, um die deutschen Forderungen zu prüfen und festzulegen, inwieweit ihnen entsprochen werden könne.

Der Andrang zum Friedenskongreß.

Haag, 29. Nov. Bei den Alliierten besteht die Absicht, eine Vorkonferenz zum Friedenskongreß in Paris abzuhalten. Die Zahl der gemeldeten Delegierten ist so groß, daß alle Pariser Hotels jetzt schon vermietet sind.

Die Liga der Nationen.

Genf, 29. Nov. Aus Newyork wird gemeldet, Wilson werde bei seinem Aufenthalt in Europa die Liga der Nationen begründen. Die Liga soll einen Präsidenten erhalten, der für Lebenszeit gewählt wird.

Der Vormarsch der Alliierten.

Haag, 29. Nov. Amtlich wird aus London gemeldet: Die britischen Vorhuten haben bei Behen und Stavelot die deutsche Grenze erreicht. Die Zahl der seit dem 11. November erbeuteten Kanonen beträgt 1400.

Thronverzicht in Luxemburg gefordert.

Genf, 29. Nov. **Die Luxemburger Kammer hat die Großherzogin aufgefordert, dem Thron zu entsagen.**

Deutsch-Österreichs Schicksal.

Zürich, 29. Nov. Die „Zürcher Morgenzeitung" meldet aus Paris, die Entente werde dem Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland niemals zustimmen, wohl aber an [illegible]. Außerdem würden Pläne ausgearbeitet zur Vereinigung aller aus der ehemaligen Monarchie Österreich-Ungarn entstandenen Republiken.

Brand auf einem Militärtransportschiff.

Wien, 29. Nov. Nach einer aus Spalato eingetroffenen Meldung brach auf einem Militärtransportdampfer, auf dem sich ungefähr 2600 Soldaten und zahlreiche Offiziere auf der Heimreise von Ochrida her befanden, zwischen Cattaro und Fiume ein furchtbarer Brand aus. Nahezu 200 Mannschaften und einige Offiziere fielen dem Brand zum Opfer.

Ein Weltluftdienst.

Haag, 23. Nov. England bereitet einen ausgedehnten [illegible] vor und errichtet Stationen in Frankreich, [illegible], in den nordischen Staaten, in Indien und Südafrika. Eine Regierungskontrolle ist vorgesehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ Die am 12. November erlassene **politische Amnestie** soll nach neueren Verfügungen der Reichsregierung möglichst weitherzig ausgelegt werden. Unter politischen Straftaten sind alle Straftaten verstanden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhange mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Ordnung begangen worden sind, ohne Rücksicht darauf, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten die Strafe verhängt ist, oder bei einer Niederschlagung zu verhängen sein würde. Nicht einbegriffen sind Straftaten, bei denen der Täter, ohne daß ein solcher Zusammenhang besteht, lediglich aus eigennützigen Beweggründen gehandelt hat. Die Straffreiheit bewirkt auch, daß die Pflicht zur Kostentragung in Wegfall kommt.

✕ Bei dem **Besuch des englischen Königs bei Poincaré** hielt ersterer eine Rede, in der er u. a. ausführte: Wir erinnern uns der wiederholten verzweifelten Versuche der feindlichen Armeen, Paris zu erreichen, welche jedoch durch den Mut der französischen Armee und mit Unterstützung der Bundesgenossen stets vereitelt wurden. Herr Präsident! In diesem tötlichen Ringen haben Franzosen und das englische Volk einander schätzen und die gegenseitigen Ideale verstehen gelernt. Ich hoffe, daß dieser Bund stets fester wird und einem dauernden Frieden und dem Fortschritt der Völker zum besten gereichen wird.

✚ Einen lebhaften **Protest gegen die Auflösung des preußischen Landtages** richtet außer dem Präsidenten des Herrenhauses auch der Vizepräsident des Landtages an die Regierung. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Porsch, betont, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses jeder gesetzlichen Unterlage entbehre. Dieses sei die Ansicht der Mehrzahl der Parteien des Hauses.

✚ Zur Bildung von **Bauern- und Landarbeiterräten** fordern in einem gemeinsamen Aufruf sämtliche landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf. Danach ist ein solcher Rat in jeder selbständigen Gemeinde zu wählen. Gutsbezirke sind in der Regel einer benachbarten Gemeinde anzugliedern. Jeder Rat muß aus mindestens sechs Personen bestehen und zu gleichen Teilen aus den Kreisen der im Hauptberuf selbständigen Landwirte und Arbeiter bezw. der nichtlandwirtschaftlichen Landbevölkerung gebildet werden. Für den Bereich jeder unteren Verwaltungsbehörde ist an deren Sitz ein „Kreis- (Bezirks- und dergl.) Bauern- und Landarbeiterrat" zu bilden. Die großen Körperschaften selbst bilden einen Zentralbauern- und Landarbeiterrat in Berlin, der Anweisungen und Ratschläge erteilt.

✚ Auf Grund neuer Verhandlungen über **vereinfachte Reifeprüfungen für Kriegsteilnehmer** zwischen den deutschen Unterrichtsverwaltungen können nunmehr auch solche Kriegsteilnehmer, die früher keine höhere Schule besucht haben oder in einer solchen nicht bis zur 6. Klasse aufgestiegen sind, zur Kriegsreifeprüfung zugelassen werden. Voraussetzung ist: 1. daß sie mindestens die Prüfung für den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst oder die erste Prüfung für den Volksschuldienst abgelegt haben; 2. daß sie sich nach Erstehung dieser Prüfungen mindestens ein Jahr lang in ausreichendem Maße auf die Kriegsreifeprüfung vorbereitet haben.

Frankreich.

✕ Mit der weiteren **Entwicklung in Deutschland** beschäftigt sich die französische Presse sehr eingehend. Einige Blätter, besonders „Matin" und „Homme Libre" lassen dabei erkennen, daß sie für den Fall, daß die Liebknechtgruppe die Oberhand gewinnt, mit der Auflösung Deutschlands rechnen. Dadurch würde nach Ansicht des „Matin" jegliche Revanche deutscherseits unmöglich gemacht. Allein, es wäre die Frage, ob die deutschen Staaten dann noch zahlungsfähig bleiben würden. Käme es aber zu einer militärischen Reaktion in Deutschland, so würde das die Fortsetzung des Krieges bedeuten.

Schweiz.

✕ Der Bundesrat hat die **Nichtanerkennung der bayerischen Regierung** beschlossen und lehnt es ab, mit dem neuen bayerischen Gesandten Foerster in Verbindung zu treten. Eine Anerkennung der bayerischen Regierung könne erst nach der Nationalversammlung erfolgen. Die Schweiz wird nach wie vor den diplomatischen Verkehr mit dem bisherigen bayerischen Gesandten in Bern aufrechterhalten, der seinerseits die neue bayerische Regierung ebenfalls nicht anerkennt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 29. Nov. Die Nachricht, daß Käte Duncker in das preußische Kultusministerium eingetreten sei, wird von dieser mit dem Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zur Spartakusgruppe dementiert.

Berlin, 29. Nov. Heute tagten abermals alle Arbeiterräte Groß-Berlins. Der Volksbeauftragte Barth richtete Mahnungen an die Arbeiterschaft zur Fortführung der Arbeit im allgemeinen Interesse.

Berlin, 29. Nov. Heute hat eine Sitzung des Kriegskabinetts stattgefunden, die sich namentlich mit den Verhältnissen in den vom Feinde zu besetzenden Gebieten mit der Absicht, das Volkskommissariat der polnischen Organisation [illegible] den 3. Dezember zu einer [illegible] Landestag einzuberufen und anderen wichtigen Fragen befaßte.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 1. und 2. Dezember.

Sonnenaufgang	7^{40} (7^{51})	Mondaufgang	5^{37} V. (6^{42} V.)
Sonnenuntergang	3^{48} (3^{48})	Monduntergang	2^{22} N. (2^{56} N.)

1. Dezember. 1521 Papst Leo X. (Giovanni von Medici) gest. — 1709 Kanzelredner Abraham a Santa Clara gest. — 1859 Historienmaler Alfred Rethel gest.

2. Dezember. 1805 Sieg Napoleons bei Austerlitz. — 1848 Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs I. von Österreich. — 1852 Proklamierung Napoleons III. zum Kaiser der Franzosen. — 1916 Der Deutsche Reichstag nimmt das Gesetz über die Hilfsdienstpflicht an.

□ **Himmelserscheinungen im Dezember.** Die Zeit der langen Nächte ist wieder herangekommen. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind nach mitteleuropäischer Zeit am 1. d. Mts. 7 Uhr 49 Min. und 3 Uhr 48 Min., am 11. Dezember 8 Uhr 2 Min. und 3 Uhr 44 Min., am 21. Dezember 8 Uhr 11 Min. und 3 Uhr 45 Min. und am 31. Dezember 8 Uhr 14 Min. und 3 Uhr 52 Min. Am 22. Dezember hat die Sonne mittags den größten Abstand vom Scheitelpunkt; sie tritt aus dem Zeichen des Schützen in das des Steinbocks: wir haben den kürzesten Tag, Wintersanfang. Am 3. Dezember findet eine ringförmige Sonnenfinsternis statt, die jedoch in unseren Breiten nicht zu beobachten sein wird. Den **Mond** sehen wir zu Anfang dieses Monats nur als schmale abnehmende Sichel, bis er am 3. als Neumond vollständig verschwunden ist. Das erste Viertel erreicht der Mond am 11. Dezember. Am 17. haben wir Vollmond und am 25. das letzte Viertel. Von den Planeten wird der Merkur, der sich am 31. in größter Mondnähe befindet, in der letzten Woche dieses Monats sichtbar. Der Mars ist nur in den Abendstunden kurze Zeit zu beobachten. Dagegen ist der Jupiter die ganze Nacht hindurch zu sehen. Die Sichtbarkeitsdauer des Saturn nimmt weiter zu.

* **Sparmetalle für das Handwerk.** Die Metallfreigabestelle zu Berlin und der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag zu Hannover fordern nochmals alle Handwerksbetriebe, die Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel oder deren Legierungen zu Fertigwaren verarbeiten (also das Schlosser-, Schmiede-, Kupferschmiede-, Mechaniker u. a. Handwerk) auf, ihre Firma unter genauer Angabe der Gegenstände, die sie herstellen, sofort bei der Handwerkskammer in Liegnitz, Jochmannstraße 12, I anzumelden. Soweit diese Betriebe Innungen angehören, kann die Anmeldung auch durch Vermittlung des Innungsvorstandes erfolgen. Nur diejenigen Metall-Handwerksbetriebe, welche rechtzeitig bei der Handwerkskammer angemeldet sind, werden bei der späteren Metallverteilung berücksichtigt. Die erste Verteilung aus den Metall-Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft soll bereits im Monat Dezember d. Js. erfolgen.

* **Private Bautätigkeit.** Auf eine Anfrage, ob das Verbot der privaten Bautätigkeit jetzt aufgehoben ist, erhält die Handwerkskammer von der Kriegsamtstelle Posen den Bescheid, daß Baugesuche von der Kriegsamtstelle jetzt nicht mehr geprüft werden. Diese Militärbehörde ist in Bausachen nur noch für die Freigabe von Ziegeln und für die Aufstellung von Dringlichkeitsbescheinigungen, die zur Waggonstellung erforderlich sind, zuständig. Der für Bauten notwendige Zement wird von dem Zementverbande Oppeln geliefert. Die Beschlagnahme für Baueisen ist aufgehoben.

○ **Wegen der bevorstehenden Weihnachtssendungen** richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender, deren Erfüllung wesentlich dazu beitragen würde, die glatte Abwicklung des Weihnachts-Päckereiverkehrs zu erleichtern. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsstoffe recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken: die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern und, wenn irgend möglich, freizumachen.

○ **Die Zahl der Wähler.** Nach Mitteilungen verschiedener Blätter soll infolge der Ausdehnung der Wahlberechtigung die Zahl der Wähler etwa 40 Millionen betragen. Diese Zahl ist, wie die Vossische Zeitung nachweist, zu hoch gegriffen. Die amtliche Statistik weist nach, daß es bei der letzten Volkszählung im Dezember 1910 64 925 000 Einwohner in Deutschland gab. Davon waren 1 259 000 Ausländer. Im Alter von 20 Jahren und darunter standen 29 567 000 Einwohner. Zieht man diese 29 567 000, die noch nicht in wahlberechtigtem Alter auf Grund des neuen Wahlrechts standen, von der Gesamtzahl der Einwohner ab, so bleiben selbst wenn man die fünf Viertel Millionen Ausländer nicht berücksichtigt, im Höchstfalle 35 Millionen Wähler für die Nationalversammlung übrig.

Dezember Monats-Kalender 1918

Tag		Protestantisch	Katholisch	Notizen
S	1	1.Adv.Arnold	1. Advent	
M	2	Candidus	Bibiana	
D	3	Cassian	Franz Xaver	
M	4	Barbara	Barbara	
D	5	Abigail	Sabbas	
F	6	Nikolaus	Nikolaus	
S	7	Antonia	Ambrosius	
S	8	2.Adv.Mar.E.	2. Advent	
M	9	Joachim	Leokadia	
D	10	Judith	Judith	
M	11	Waldemar	Damasus	
D	12	Ottilia	Maxentius	
F	13	Lucia	Lucia	
S	14	Israel	Spiridion	
S	15	3. Adv. Joh.	3. Advent	
M	16	Ananias	Adelheid	
D	17	Lazarus	Lazarus	
M	18	Wunibald	Maria E.	
D	19	Manasse	Nemesius	
F	20	Abraham	Liberatus	Bußtag in Württemberg.
S	21	Thomas Ap.	Thomas Ap.	
S	22	4. Adv. Beate	4. Adv. Flor.	
M	23	Ignatius	Viktoria	
D	24	Adam, Eva	Adam, Eva	
M	25	Christfest	Christfest	
D	26	2. Christtag	Stephanus	
F	27	Johannes Ev.	Johann. Ev.	
S	28	Unsch. Kindl.	Unsch. Kindl.	
S	29	n.Weihn.Jon.	n. Weihn.	
M	30	David	David	
D	31	Sylvester	Sylvester	

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ist das preußische Königshaus noch als regierend anzusehen?** Diese Frage bildete den Gegenstand der Verhandlung vor dem mit dem Kammergericht verbundenen „Geheimen Justizrat". An diesen haben sich Privatpersonen mit ihren Ansprüchen gegen Mitglieder des königlichen Hauses zu wenden. Der Kläger Rogge, der frühere Landrat von Tondern, war Güterverwalter des Prinzen Friedrich Leopold. Er wurde von diesem entlassen und verklagte den Prinzen auf

Gehaltszahlung, da er die Einhaltungsgründe nicht als zutreffend anerkannte. Nach längeren Ausführungen der Anwälte zur Sache erklärte der Präsident, daß wegen der erforderlichen eingehenden Erörterungen die Entscheidung ausgesetzt und für die Verkündung des Urteils ein besonderer Termin anberaumt werden solle. Von besonderem Interesse sind aber die Ausführungen, die Justizrat Dr. Werthauer als Vertreter des Prinzen vorbrachte. Der Beklagte betrachte sich nach Absetzung der Königsfamilie nicht mehr als Prinz, der vor einem besonderen Forum verklagt werden könne. Justizrat Werthauer überreichte ferner folgende formelle Erklärung des Beklagten zu den Akten: Er habe ebenso wie seine Vorfahren seit Jahren sich dagegen gewendet, daß die als Hausgewalt bezeichnete Berechtigung des Trägers der Krone, in die freie Selbstbestimmung der Prinzen einzugreifen, mit Recht bestehe, und habe seiner freimütigen Überzeugung entsprechend und als Präsident der deutschen Freimaurer-Logen, diesen Grundsatz stets hochgehalten. Er wünsche, nachdem veränderte Zustände eingetreten seien, sich in Reihe und Glied mit seinen Mitbürgern zu stellen und begrüße die Tatsache der Beseitigung der sogenannten Ausnahmegerichts-Gesetzgebung.

Nah und Fern.

o **Entfernung der roten Fahne von der Berliner Universität.** Die vom ASR. auf dem Universitätsgebäude gehißten roten Fahnen sind über Nacht von feldgrauen Studierenden entfernt worden. Der Rektor hat darauf die Universitätsflagge hissen lassen. Eine Soldatenabordnung, die im Namen des ASR. die abermalige Hissung roter Fahnen verlangte, wurde vom Rektor an das Kultusministerium als der vorgesetzten Universitätsbehörde verwiesen.

o **Unter falschem Verdacht verhaftet** wurde vor einigen Tagen der Beamtenstellvertreter Koßmann. Es hat sich nun herausgestellt, daß Koßmann die sieben Waggons Lebensmittel und sonstige Waren im Werte von 500000 Mark ordnungsgemäß in dem Speditionsspeicher in der Lindenstraße in Berlin eingelagert und ganz im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt hatte. Nach dieser Aufklärung sind Koßmann und die Transportbegleiter wieder auf freien Fuß gesetzt worden; die beschlagnahmten Waren, die der Marketenderei der Garde-Ersatz-Division gehören, sind wieder freigegeben worden.

o **Eisenbahnunglück bei Treptow.** Acht Arbeiter, die zu einer mit der Reparatur von Geleisen beschäftigten Kolonne gehörten, wurden von einem in diese hineinfahrenden Eisenbahnzuge unweit Treptow (bei Berlin) getötet. Der Rottenführer hatte zur rechten Zeit das Warnungssignal für einen nach dem Görlitzer Bahnhof fahrenden Zug gegeben. Die Arbeiter traten dann auch auf das Nebengleis, übersahen aber, da der Rauch der Lokomotive niederschlug, das Herannahen eines in entgegengesetzter Richtung gehenden Zuges. Im selben Augenblick fuhr dieser in die Arbeiter hinein.

o **General der Infanterie Fritz v. Below †.** Am 23. d. Mts. starb auf der Durchreise in Weimar der General der Infanterie Fritz v. Below, der — im Frieden zuletzt Kommandierender General des 21. Armeekorps — während des Krieges als siegreicher Führer einer Heeresgruppe im Westen mehrfach in den Heeresberichten rühmend erwähnt wurde.

o **Billige Pferde.** In Spandau fand eine Versteigerung von Militärpferden statt, die eine überaus große Zahl von Kauflustigen angelockt hatte. Trotz der großen Nachfrage zeigten die Gebote einen auffallenden Rückgang gegenüber den noch bis vor kurzer Zeit üblichen Preisen. Pferde, die 3000 Mark gekostet hatten, erzielten ein Gebot von höchstens 700 Mark, solche, deren Preis früher 4000 Mark betrug, wurden mit höchstens 1000 Mark gewertet. Die Versteigerung selbst wurde bald eingestellt, weil Vorsorge getroffen werden soll, daß nur solche Personen diese Militärpferde erwerben dürfen, die die Tiere für den eigenen Bedarf benötigen. Jeder Kauflustige muß sich von seiner Ortsbehörde eine derartige Bescheinigung ausstellen lassen. In erster Linie werden Landwirte berücksichtigt.

o **Die neuen ungarischen Briefmarken.** Der ungarische Handelsminister verfügte, daß die mit dem Bilde des Königs Karl und der Königin Zita versehenen Briefmarken, so lange der Vorrat reicht, mit der Aufschrift „Republik" in Verkehr bleiben sollen. In Hinkunft werden die neuen ungarischen Briefmarken ohne Krone, nur mit der Aufschrift „Ungarische Post" versehen sein.

Herischdorf.

Kartoffelverkauf

am Montag den 2. Dezember 1918 auf die gülligen Marken für Dezember. Von 9—12 Uhr vormittags für die Bezugsnummern von 1—800, von 2—4 Uhr nachmittags für die Bezugsnummern von 801—1250.

Herischdorf, den 30. November 1918.

Der **Gemeindevorstand.**
Goy.

An den

Advents-Sonntagen

findet der

Verkauf v. Obst u. Gemüse

an den Bädern

von 11 bis 12 Uhr statt.

August Polte, Gemüsehandlg.

Sonntag, den 1. Dezember 1918,

abends 8 Uhr,

im Saale des „Weissen Adler".

Familien-Abend

der katholischen Pfarrgemeinde.

Vortrag: »Die Aufgaben der Gegenwart«.

Alle katholischen Männer und Frauen von Warmbrunn und Herischdorf ladet freundlichst ein

Pfarrer Klug.

Zum bevorstehenden Weihnachts-Fest

empfehlen in noch reicher Auswahl

Handarbeiten

angefangen und aufgezeichnet, aparte, feine Sachen.

Leinene

Decken, Läufer u. Kissen

sämtliche dazu gehörigen Garne und Seiden ∴ Ferner

Handtaschen, Spitzenkragen

weisse Tändelschürzen, Perlbeutel, Lautenbänder u. dergl. mehr

zu noch angemessenen Preisen

Ludwig & Kleinwechter

an den Bädern.

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22**, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII.** findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie** bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl **noch immer nicht in die endgültigen** Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine **in ihrem eigenen Interesse** möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.**

Berlin, im November 1918.

Reichbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Stadt-Theater Hirschberg.

Sonntag, den 1. Dezember,
4 Uhr
Nachm.- und Fremdenvorstellung
Ermäßigte Preise.:

O schöne Zeit, o selige Zeit

Operette in 4 Bildern. Musik von W. Goetze.

Abends 8 Uhr
zum zweitenmale:

Robert und Bertram

Große Gesangsposse in 5 Bildern von G. Raeder. Im 3 Bild: Gesangs-Einlagen.

Sonntag von 11 Uhr ab: Verkauf v. sehr schönem

Rossfleisch

Frau Kühn,
Klosterstraße.

Brenn-Holz

hartes, trockenes, klein gehackt, und Fichte, trocken nach rm. gibt billigst frei Haus ab.

P. Winkler, Herischdf.

Weihnachts-Kerzen

unverbrennbar D. R. P. eine Zierde für jeden Christbaum, können jedes Jahr wieder verwendet werden.

Preis per Dutzend M. 7,50

Brennstoff hierzu Mark 1,50, franko gegen Nachnahme.

E. Dietrich, Lauban, Postfach 81.

Zur Vertretung wird Kutscher

evtl. Kriegsverletzter sofort gesucht. R. Neumann, Gartenstraße. 1.

Möblierte

Wohnung

von 3 Zimmern, Mädchengelaß, Küche, Gas, elektrisch Licht, sonnig und gesund, in Warmbrunn oder Nebenorten zu Ende Dezember. oder 1. Januar 1919 für drei Personen ohne Kinder gesucht. Angebote bitte zu senden an:

Frl. Lemke, Warmbrunn, Deutsche Kolonie 9.

Visiten-Karten

liefert schnell und billig

Nachrichten und Tageblatt.

Fort mit jeder minderwertigen Schuhkrem!

Dr. Gentner's Oelwachslederputz

Migrin

kein Teerprodukt, keine Wasserkreme, stets gleichmäßige, reine Oelwachsware erhält das Leder dauerhaft, gibt schönsten, auch bei Regen und Schnee haltbaren Hochglanz.

Hersteller auch des beliebten Parkettbodenwachses „Roberin": **Carl Gentner, Göppingen.**

Ein Mann zum Schneefegen

für den ganzen Winter suchen mehrere Grundstücke.

Walterstrasse 15.

3-4 Zimmerwohnung

gesund und sonnig, mit Küche, Mädchengelaß, Gas, elektr. Licht, zum 1. Januar 1919 von älterer Dame gesucht. Angebote bitte zu senden an:

Frl. Lemke, Warmbrunn, Deutsche Kolonie 9.